

»Ja, mach nur einen Plan / Sei nur ein großes Licht! / Und mach dann noch 'nen zweiten Plan / Gehn tun sie beide nicht.«

Bertolt Brecht, deutscher Schriftsteller (1898-1956)

Das Lied von der Unzulänglichkeit menschlichen Strebens aus der Dreigroschenoper wird immer wieder gerne zitiert, wenn es um die Fehleranfälligkeit gesellschaftlicher Vorhaben geht. Doch ist sie nur die eine Seite der Medaille, denn ebenso wahr ist die Erkenntnis des französischen Ökonomen Jean Fourastie: »Die Zukunft wird so aussehen, wie wir sie gestalten.« Dies gilt für das große Ganze ebenso wie für die Verhältnisse vor Ort. Der führende Experte für die Praxis kommunaler Sozialplanung in Deutschland, der Mannheimer Sozialplaner Walter Werner, erinnert in seinem Einleitungsbeitrag in diesem Heft an deren Aufgaben: Sozialplanung sei das maßgebliche Instrument der Sozialpolitik zur Analyse und Steuerung sozialer Prozesse. Sie solle Antworten auf gesellschaftliche Trends liefern, wie die Veränderung von Haushalts- und Familienstrukturen, die Verunsicherung zentraler Berufs- und Lebensperspektiven, zu Armut und soziale Ausgrenzung, zu Migrations- und Zuwanderungsprozessen, zu ungleichen Bildungschancen, die ihre spürbaren Wirkungen auch auf der lokalen Ebene hätten. Welche Rolle dabei die Sozialwirtschaft und insbesondere die freien Träger haben, ist gesetzlich kaum normiert. Es kommt deshalb auch auf die Verantwortlichen in Kommune und Freier Wohlfahrtspflege an, wie diese Kooperation ausgestaltet wird – oder auch nicht. Doch wollen freie Träger kompetent und qualifiziert an der Sozialplanung mitwirken, müssten sie sich auch, so der Werner, dialogfähig und strategisch handlungsfähig machen für Planungs-, Beteiligungs- und Verteilungsprozesse, für Kontraktmanagement zur Aushandlung von Leistungs- und Qualitätsverträgen, für Sozialraumprozesse. Und sie müssten die eigene Aufstellung vor Ort prüfen und bereit sein, ihre eigene Lobbyrolle anzunehmen.

*

Die Hefte und Artikel der Zeitschrift SOZIALwirtschaft stehen für Abonnenten der Druckausgabe zeitgleich auch weiterhin online in der elektronischen Bibliothek der Nomos Verlagsgesellschaft (www.nomos-elibrary.de) zur Verfügung. Über die Zugangsmöglichkeiten für Privatbezieher und Institutionen informiert Sie gerne Aloisia Hohmann von der Nomos-Vertriebsabteilung (hohmann@nomos.de).

Gerhard Pfannendörfer, Chefredaktion
gerhard.pfannendoerfer@gmail.com

Mehr Wissen - besser Arbeiten

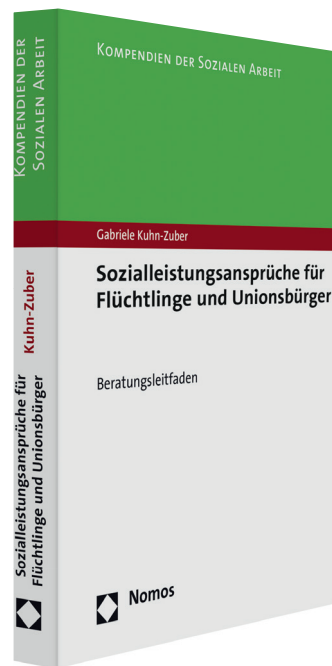
campus ist der neue Bildungsbereich der gpe Mainz. Hier wollen wir das Empowerment Psychiatrieerfahrener stärken, inhaltliche Arbeit diskutieren und weiterentwickeln sowie in der Psychiatrietätige durch Bildungsangebote unterstützen.

campus qualifiziert Mitarbeitende in der Arbeit mit Menschen mit Behinderung und besonders in gemeindepsychiatrischen Einrichtungen und bringt Inklusion (schrittweise) voran.

campus richtet sich in all seinen Angeboten an Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen.



www.campus-gpe.de



Sozialleistungsansprüche für Flüchtlinge und Unionsbürger

Beratungsleitfaden

Von Prof. Dr. Gabriele Kuhn-Zuber

2017, ca. 250 S., brosch., ca. 29,90 €

ISBN 978-3-8487-3206-7

eISBN 978-3-8452-7570-3

(Kompendien der Sozialen Arbeit, Bd. 3)

Erscheint ca. Dezember 2017

nomos-shop.de/27631

Die zunehmende Anzahl von Menschen, die vor Krieg, Not und Tod auf der Flucht sind oder aus wirtschaftlicher Armut nach Deutschland kommen, um sich eine neue Existenz aufzubauen, hat die Herausforderungen an das Sozialsystem in den letzten Jahren verstärkt. Das gilt auch für diejenigen, die sich in der Sozialen Arbeit um die Beratung, Unterstützung und Hilfen für diese Menschen kümmern.

Der Beratungsleitfaden greift zwei in der Praxis besonders relevante Gruppen heraus – geflüchtete Menschen und Menschen, die als Unionsbürger aus EU-Mitgliedstaaten kommen. Er erläutert die für sie möglichen und notwendigen Sozialleistungsansprüche. Der Schwerpunkt liegt auf dem Zugang zu existenzsichernden Leistungen, medizinischer Versorgung und zur Integration in den Arbeitsmarkt. Durch eine grundsätzliche Darstellung des Verwaltungsverfahrens und der Rechtsmittel zeigt der Beratungsleitfaden Wege auf, wie bestehende Sozialleistungsansprüche erkannt und durchgesetzt werden können.